



► Nr. VO/2025/14313
öffentlich

Lübeck, 06.06.2025

Vorlage -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
3.700 - Entsorgungsbetriebe Lübeck

Bearbeitung: Stefan Schmedemann (E-Mail: stefan.schmedemann@ebl.de Telefon: 70760 211)

Wirtschaftsplan der EBL 2026

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
23.06.2025	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.07.2025	Werkausschuss EBL	Öffentlich	zur Vorberatung
22.07.2025	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
06.11.2025	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Für den Wirtschaftsplan 2026 der Entsorgungsbetriebe Lübeck werden festgesetzt:

1.1 in der Erfolgsübersicht	die Erträge	138.998.308,00
	die Aufwendungen	131.022.208,00
	das Jahresergebnis	7.896.100,00

1.2 im Vermögensplan	die Einnahmen	76.358.013,00
	die Ausgaben	76.358.013,00

1.3 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		43.142.743,00
---	--	---------------

1.4 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen		128.603.540,00
---	--	----------------

1.5 der Höchstbetrag der Kassenkredite		15.000.000,00
--	--	---------------

2. Die Stellenübersicht wird als Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2026 festgestellt.
Sie ist dieser Vorlage in zusammengefasster Form beigelegt.

3. Der Wirtschaftsplan und seine Bestandteile werden zur Kenntnis genommen.

- Vorbericht
- Erfolgsplan
- Erfolgsübersicht
- Vermögensplan
- Finanzplan
- Investitionsplan

Verfahren:

Bereiche/Projektgruppen	Ergebnis
1.201 Haushalt und Steuerung	Zustimmung
3.030 Fachbereichscontrolling	Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja

Nein- Begründung:

Weil deren Belange nicht betroffen sind.

Die Maßnahme ist:

neu

freiwillig

vorgeschrieben durch:

GO, EigVO

Finanzielle Auswirkungen:

Ja (Anlage 1)

Nein

Auswirkung auf den Klimaschutz:

Nein

Ja – Begründung:

Die EBL weisen im Rahmen ihrer Tätigkeiten bereits heute insgesamt eine positive Klimabilanz aus. Der Wirtschaftsplan berücksichtigt, dass bei Prozessen und Investitionen grundsätzlich klimaschonende Alternativen betrachtet und bevorzugt eingesetzt werden.

Begründung der Nichtöffentlichkeit gem. § 35 GO:

Begründung:

Der Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2026 (Anlage 1) enthält eine ausführliche Begründung.

Anlagen:

Wirtschaftsplan der EBL für das Geschäftsjahr 2026

Senator Ludger Hinsen



Wirtschaftsplan 2026



INHALTSVERZEICHNIS

A.	Allgemeines	3
1.	Rechtliche Rahmenbedingungen.....	3
2.	Wirtschaftliche Grundlagen der EBL.....	4
3.	Planungssystematik.....	6
B.	Vorbericht zum Erfolgsplan	7
1.	Erfolgsplan der EBL.....	7
2.	Betriebszweig Abwasserbeseitigung	9
3.	Betriebszweig Abfallwirtschaft.....	11
4.	Betriebszweig Straßenreinigung/Winterdienst.....	13
5.	Betriebszweig Bedürfnisanstalten.....	15
6.	Betriebszweig Betriebstechnik	16
C.	Vorbericht zum Vermögensplan.....	17
D.	Vorbericht zum Investitionsplan	18
E.	Vorbericht zur Stellenübersicht.....	20
1.	Eckpunkte des Stellenplans	20
2.	Entwicklung des Stellenplans	21
3.	Schwerpunkte im Stellenplan.....	22
 Anlagen		
I.	Anlage 1: Erfolgsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck.....	24
II.	Anlage 2: Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen der Entsorgungsbetriebe Lübeck	25
III.	Anlage 3: Vermögensplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck.....	26
IV.	Anlage 4: Finanzplan für die Entsorgungsbetriebe Lübeck	27
V.	Anlage 5: Auswirkungen auf den Finanzplan des Haushalts der Hansestadt Lübeck	28
VI.	Anlage 6: Investitionsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck	29
VII.	Anlage 7: Stellenübersicht nach Eingruppierung	30
VIII.	Anlage 8: Stellenübersicht nach Bereichen.....	31
IX.	Anlage 9: Aufbau des Wirtschaftsplans	32



A. ALLGEMEINES

1. Rechtliche Rahmenbedingungen

1.1. Rechtliche Verhältnisse der Entsorgungsbetriebe Lübeck

Die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) sind ein nicht wirtschaftliches Unternehmen i.S.d. § 101 Abs. 4 Gemeindeordnung (GO) und damit eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung. Gemäß dem Wahlrecht in § 101 Abs. 4 GO führt die Hansestadt Lübeck die EBL nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigVO).

1.2. Gesetzliche Inhalte des Wirtschaftsplans

Gemäß § 12 Abs. 1 EigVO haben die EBL vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus

- | dem Erfolgsplan,
- | dem Vermögensplan,
- | der Stellenübersicht und
- | einer Zusammenstellung der nach den §§ 84 und 85 der GO genehmigungspflichtigen Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen.

Gemäß § 12 Abs. 2 EigVO sind dem Wirtschaftsplan folgende Anlagen beizufügen:

- | ein Vorbericht, der den Wirtschaftsplan insgesamt erläutert,
- | eine Erfolgsübersicht bei Betrieben mit mehr als einem Betriebszweig,
- | ein fünfjähriger Finanzplan und
- | eine Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben.

Die wesentlichen Inhalte der o.g. Bestandteile des Wirtschaftsplans sind in den §§ 13 bis 16 EigVO ergänzend erläutert.

Der gesetzliche Aufbau der Bestandteile des Wirtschaftsplans ist in Anlage 9 dargestellt.

Laut Betriebssatzung hat die Direktion der EBL den Entwurf des Wirtschaftsplans rechtzeitig dem Bürgermeister zuzuleiten. Der Bürgermeister bringt den Wirtschaftsplan in das Beschlussverfahren.

Der Wirtschaftsplan wird durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck beschlossen und festgesetzt.

1.3. Anwendung des Kommunalabgabengesetzes

Die rechtliche Grundlage für die Ermittlung der Gebühren stellt das Kommunalabgabengesetz Schleswig-Holstein (KAG SH) dar.

Durch die Anwendungen des KAG SH entstehen gebührenfähige und nicht gebührenfähige Aufwendungen und Erlöse, die zu einem Unterschiedsbetrag des Ergebnisses nach HGB führen. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Überschüsse der EBL nach HGB in die Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen einzustellen sind, bis diese vollständig bedient ist.

Für die bestehenden Anlagegüter und geplanten Investitionen im Kanalnetz wurde gemäß KAG SH vom Wahlrecht der Anwendung für kalkulatorischen Abschreibungen nach Wiederbeschaffungszeitwert Gebrauch gemacht.

Der entstehende rechnerische Überschuss wird benötigt, um den Unterschiedsbetrag zwischen den kalkulatorischen Zinsen und den niedrigeren Abschreibungen nach HGB (Basis: Anschaffungs- und Herstellungskosten) und den höheren Abschreibungen in der Gebührenkalkulation nach dem KAG SH (Basis: Wiederbeschaffungszeitwerte) auszugleichen.



2. Wirtschaftliche Grundlagen der EBL

2.1. Gliederung der EBL

Aufgabe der EBL ist die Gewährleistung einer sicheren, umwelt- und sozialverträglichen, nachhaltigen, klima- und ressourcenschonenden, risikoarmen und gesamtwirtschaftlich kostengünstigen Entsorgung von Abwasser und Abfall im Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck sowie die Reinigung öffentlicher Straßen und Plätze.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben und zur Steuerung des Unternehmens sind nachfolgende Betriebszweige vorhanden, die entsprechend einer separaten Planung unterzogen worden sind:

Sparte Stadtentwässerung

| Abwasserbeseitigung

Sparte Stadtreinigung

| Abfallwirtschaft

| Straßenreinigung/Winterdienst

| Bedürfnisanstalten

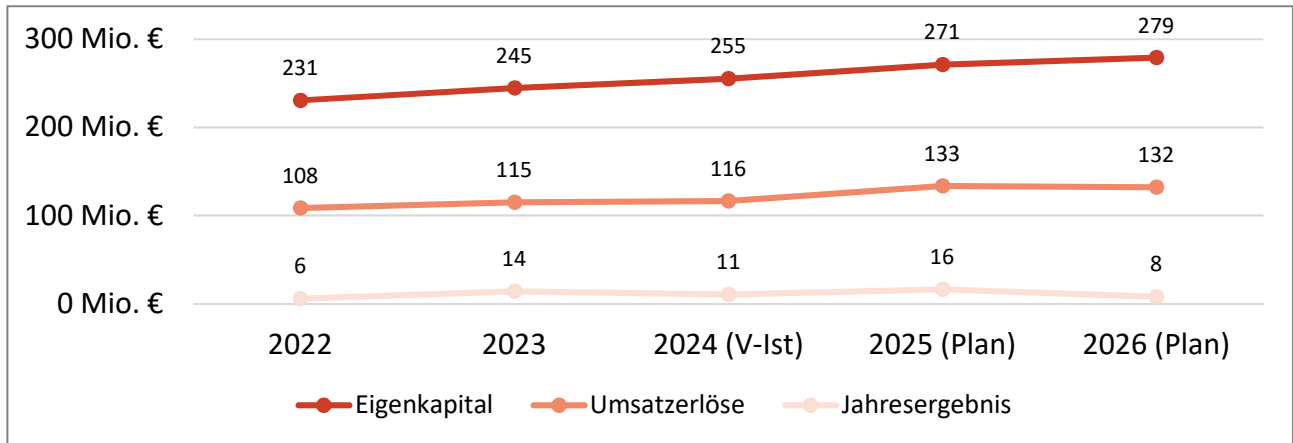
| Betriebstechnik

In den folgenden Grafiken werden für die Jahre 2022 und 2023 die testierten Istwerte nach Jahresabschluss dargestellt. Für das Jahr 2024 werden vorläufige Istwerte und für die Jahre 2025 und 2026 Planwerte gezeigt.

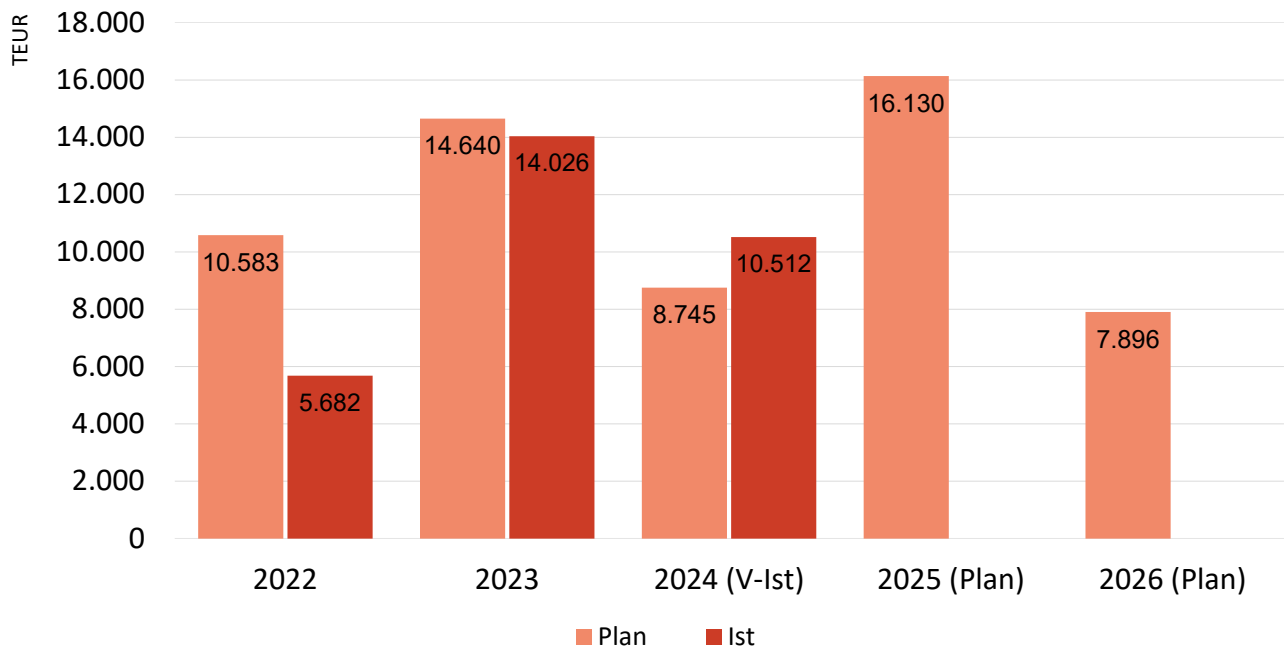


2.2. Mehrjahresvergleich

Die wirtschaftliche Entwicklung der EBL im Zeitablauf wird in der nachstehenden Übersicht gezeigt:



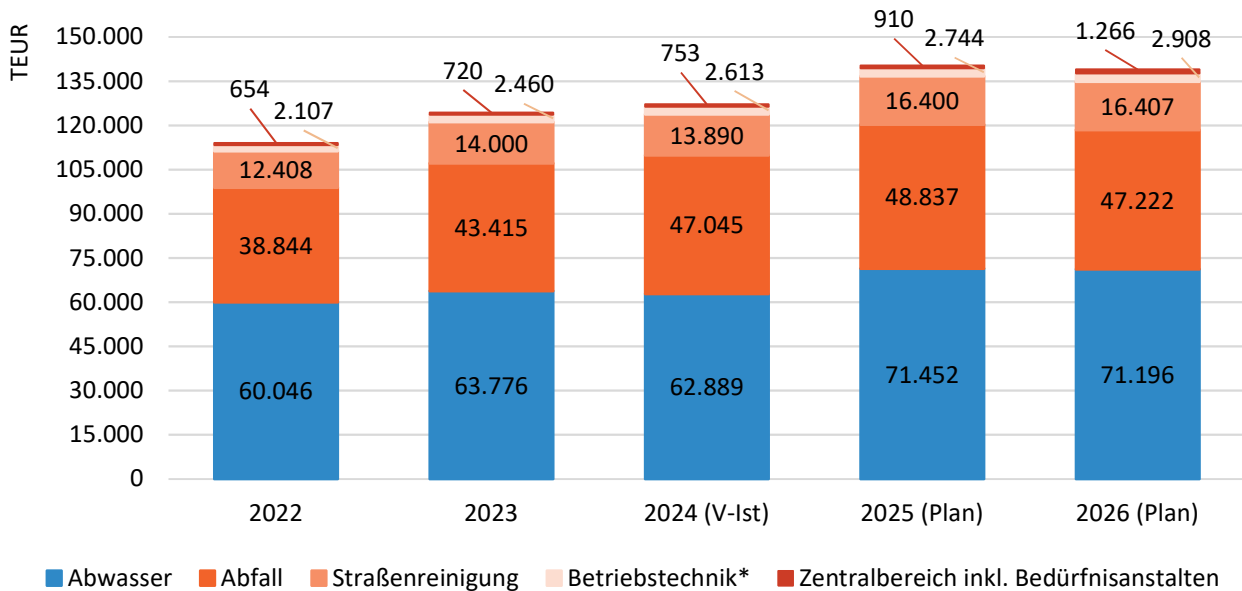
In der folgenden Grafik werden die Plan-Ergebnisse der Jahre 2022 bis 2026 sowie die Ist-Ergebnisse 2022 bis 2024 dargestellt:



Der geplante Jahresüberschuss für das Wirtschaftsjahr 2026 in Höhe von 7,9 Mio. EUR ist zur Einstellung in die Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen vorgesehen. Es handelt sich dabei um eine planmäßige Zuführung.



Die nachfolgende Übersicht zeigt die Aufteilung der Betriebserträge (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen, sonstige betriebliche Erträge) nach Betriebszweigen für die Jahre 2022 bis 2024 gemäß Jahresabschluss sowie auf Basis der Wirtschaftspläne für 2025 und 2026. Eine weitergehende Darstellung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandskomponenten der einzelnen Betriebszweige erfolgt in Abschnitt B.



*Die Umsätze der Betriebstechnik werden hier ohne interne Leistungen dargestellt.

3. Planungssystematik

Mit Ausnahme der zentral geplanten Umsatzerlöse, der Personalkosten, der Abschreibungen und Zinsen wurden die voraussichtlichen Primärkosten von den jeweils Verantwortlichen auf Ebene der Kostenstellen angesetzt. Soweit dies möglich war, erfolgte die Kostenschätzung auf der Basis von Mengenansätzen und Einzelpreisen. Für die Planungsansätze standen die Zahlen der Jahre 2023

und 2024 als Vergleichswerte zur Verfügung. Die Kostenstellenverantwortlichen hatten dadurch die Möglichkeit, einzelne Buchungssätze bis auf die Belegebene einzusehen und den Planansatz 2026 entsprechend zu bilden, sowie Abweichungen in der Planung zu begründen. Insgesamt wurden etwas mehr als dreihundert Kostenstellen und Kostenträger in der Planung berücksichtigt.



B. VORBERICHT ZUM ERFOLGSPLAN

1. Erfolgsplan der EBL

1.1. Erfolgsplan im Zeitvergleich

Die Ertragslage für die Jahre 2022 bis 2026 ergibt folgendes Bild:

	2022	2023	2024 (V-Ist)	2025 (Plan)	2026 (Plan)
Entsorgungsbetriebe Lübeck	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	108.336	114.963	116.490	133.425	132.001
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.545	2.132	1.951	2.315	2.340
Sonstige betriebliche Erträge	4.178	7.277	8.750	4.604	4.657
Betriebserträge	114.059	124.371	127.191	140.344	138.998
Materialaufwand	25.175	28.039	31.157	31.342	32.791
Personalaufwand	40.041	41.749	45.722	51.581	53.759
Abschreibungen	20.927	21.261	21.929	23.982	24.819
sonstige betriebliche Aufwendungen	17.691	13.993	12.471	12.799	13.403
Betriebliche Aufwendungen	103.834	105.042	111.279	119.704	124.772
Betriebsergebnis	10.225	19.329	15.911	20.640	14.227
Finanzergebnis	4.696	5.055	4.781	4.626	6.256
sonstige Steuern	54	354	619	76	74
Beteiligungsergebnis	-207	-105	0	-192	0
Jahresergebnis	5.682	14.026	10.512	16.130	7.896

Das positive Ergebnis im Wirtschaftsplan 2026 wird im Betriebszweig Abwasserbeseitigung erzielt. Der rechnerische Überschuss wird benötigt, um den Unterschiedsbetrag zu den kalkulatorischen Zinsen und den Abschreibungen nach dem KAG SH (Basis: Wiederbeschaffungszeitwerte) der Gebührenkalkulation auszugleichen.

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass die rechnerischen Überschüsse der EBL nach HGB in die

Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen (Betriebszweig Abwasserbeseitigung) einzustellen sind, bis diese vollständig bedient ist.

In der Anlage 1 ist der Erfolgsplan der EBL für das Wirtschaftsjahr 2026 dargestellt.

Die Erfolgsübersicht der EBL je Unternehmensbereich für das Planungsjahr 2026 wird in Anlage 2 dargestellt.



1.2. Wesentliche Planannahmen

Im Folgenden werden zunächst die Planungsprämissen dargestellt, die spartenübergreifend ihre Gültigkeit besitzen. Die grundsätzliche Planannahme setzt voraus, dass eine erwartete Rezession mit weiteren Preissteigerungen und einem deutlichen Anstieg der Firmeninsolvenzen nicht zu einer Einschränkung des Regelbetriebs führt. Ein Einfluss auf die Inanspruchnahme des Budgets durch Lieferschwierigkeiten ist nicht vorhersehbar.

Betriebserträge

Die Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen die Gebühreneinnahmen. Das Planungsjahr 2026 beinhaltet in allen Betriebszweigen die Gebührensätze aus der Gebührenvorkalkulation für den Zeitraum ab dem 01.01.2025 bis zum 31.12.2026.

Für die dem Sondervermögen der EBL zugeordnete Beteiligung Entsorgungszentrum Lübeck GmbH (EZL) wird ein eigenständiger Wirtschaftsplan 2026 erstellt. Für das Jahr 2026 wird mit der Einbehaltung der Ausschüttung zu Finanzierungszwecken geplant.

Materialaufwand

Der Materialaufwand der EBL umfasst Kosten für Hilfs- und Betriebsstoffe, Energie, Fremd- und Entsorgungsleistungen sowie den Instandhaltungsaufwand für die Betriebsanlagen.

Personalaufwand

Grundlage der Planung ist die aktuelle Tarifvereinbarung (mit Gültigkeit bis zum 31.03.2027) einschließlich Zulagen und leistungsorientierter Bezahlung (LOB) sowie die Entwicklung des Personalbestands in 2026.

Die Tarifsteigerung sowie die für 2025 und 2026 zusätzlich geplanten Besetzungen sind die wesentlichen Ursachen für den Anstieg beim Personalaufwand.

Zur weiteren ausführlichen Erläuterung der erforderlichen neuen Stellen in 2026 wird auf den Vorbericht zur Stellenübersicht verwiesen. Diese neuen Stellen sind im aktuellen Wirtschaftsjahr in der Regel nur anteilig im Personalaufwand berücksichtigt.

In den Anlagen 7 und 8 ist die Entwicklung der Planstellen ausgewiesen.

Zinsaufwand

Die Ermittlung der Zinsbelastung in 2026 erfolgt auf Basis der bestehenden Kreditverträge zzgl. des Finanzierungsbedarfes aus Investitionstätigkeit.

Abschreibungen

Die Planung der Abschreibungen für das Wirtschaftsjahr 2026 erfolgte durch Fortschreibung des planmäßigen Werteverzehrs des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2024.

Die aus den übrigen geplanten Zugängen in den Wirtschaftsjahren 2025 und 2026 resultierenden Abschreibungen wurden unter Berücksichtigung der entsprechenden Investitionspläne und der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ermittelt.

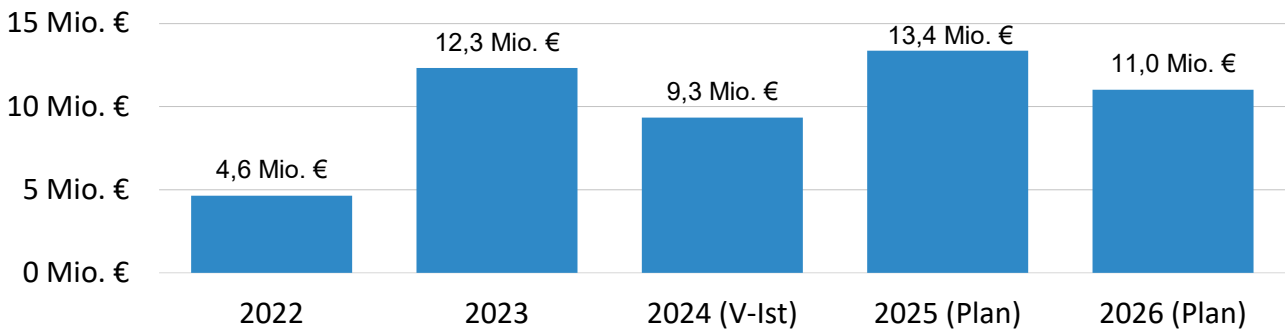


2. Betriebszweig Abwasserbeseitigung

Der Entwässerungsgebührenkalkulation liegt ein 24-monatiger Kalkulationszyklus ab dem 01.01.2025 bis zum 31.12.2026 zu Grunde.

2.1. Ergebnissituation

Das Teilergebnis Abwasserbeseitigung hat sich im Zeitablauf wie folgt entwickelt:



Das Planergebnis in Höhe von 11,0 Mio. EUR für das Jahr 2026 ermittelt sich aus den vorläufig kalkulierten Gebühreneinnahmen, die neben der Deckung der operativen Kosten, wie Personal etc., der Abdeckung der kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen dienen, die über den handelsrechtlichen Ansatz hinausgehen.

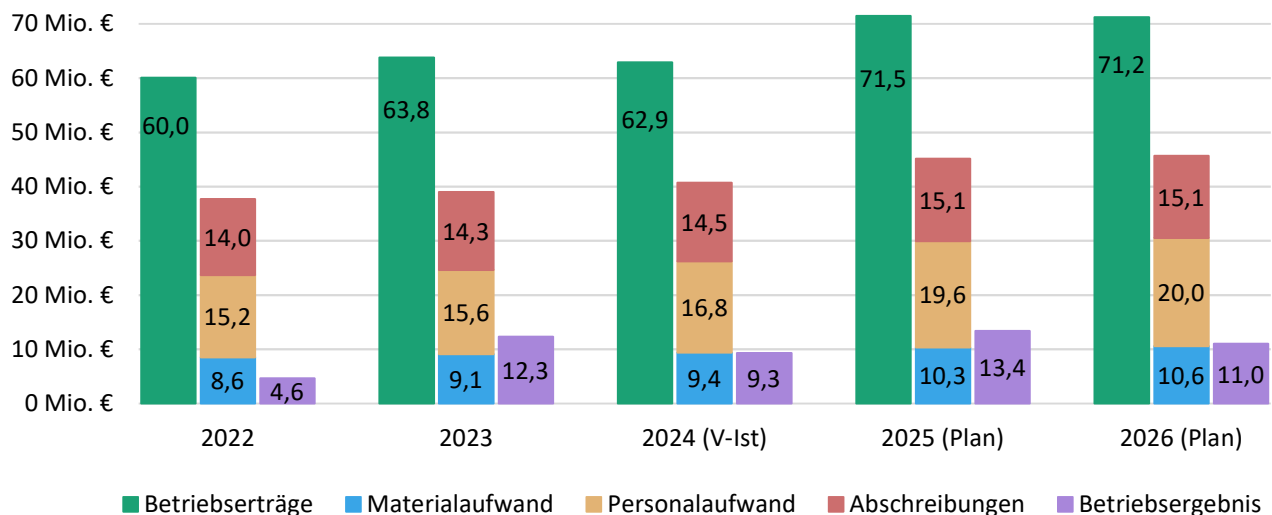
In die Gebührenermittlung nach KAG fließen die Abschreibungen des Anlagevermögens für das

Kanalnetz auf Basis der Wiederbeschaffungszeitwerte ein.

Der Ausgleich der Überdeckung der Kalkulationsperiode 2021 bis 2022, im Bereich Niederschlagswasser mit 1,4 Mio. EUR und im Bereich Schmutzwasser mit 3,6 Mio. EUR, ist im Kalkulationszyklus kostensenkend berücksichtigt (davon jeweils 50 % in den Jahren 2025 und 2026).

2.2 Wesentliche Planannahmen

Die folgende Übersicht zeigt die Ertrags- und wesentlichen Aufwandskomponenten im Zeitablauf:





Betriebserträge

Die Betriebserträge werden für das Wirtschaftsjahr 2026, im Vergleich zu der vorläufigen Gebührenkalkulation aufgrund von Mengenrückgang in der Schmutzwasserbehandlung, um 0,35 Mio. EUR reduziert.

Innerhalb der Einnahmen von insgesamt 71,2 Mio. EUR werden neben den Gebühreneinnahmen (51,5 Mio. EUR) die Erträge aus der Baulastträgerpauschale (9,6 Mio. EUR), aus der Kooperation der Abwasserbeseitigung mit den Nachbargemeinden (3,2 Mio. EUR), die planmäßige Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse (1,6 Mio. EUR) sowie die aktivierten Eigenleistungen (1,5 Mio. EUR) ausgewiesen.

Die Überdeckung der Kalkulationsperiode der Jahre 2021 und 2022 in Höhe von 5,0 Mio. EUR wird gleichmäßig auf die Wirtschaftsjahre 2025 und 2026 aufgeteilt und somit im Ergebnis für das Planungsjahr 2026 mit 2,5 Mio. EUR (50 %) berücksichtigt.

Materialaufwand

Der Materialaufwand in Höhe von rd. 10,6 Mio. EUR liegt über dem Niveau der Planung für das Vorjahr (Vj) und berücksichtigt u.a. die Kosten für Reparaturen/Instandhaltung, Energie, Klärschlamm Entsorgung und Betriebsstoffe.

Die Instandhaltungskosten für Gebäude sind auf ein Minimum reduziert worden, da in den kommenden Jahren investive Neubauprojekte geplant sind.

Die Kosten für die Klärschlamm Entsorgung sowie der Sanierungsaufwand für die Kanäle bleiben auf hohem Niveau. Eine Stabilisierung der Klärschlamm Entsorgungskosten wird sich erst mit dem Inkrafttreten der Klärschlammkooperation 2027 ergeben.

Die steigenden Rohstoffpreise auf dem Markt für die Betriebsmittel des Klärwerks und die Digitalisierung von Elektrozeichnungen führen zu höheren Kosten, so dass die geplanten Aufwendungen in 2026 über dem Niveau von 2025 liegen.

Personalaufwand

Die Erhöhung der Personalkosten um rd. 0,4 Mio. EUR auf 20 Mio. EUR begründet sich aus der neuen Tarifvereinbarung.

Abschreibungen und Investitionen

Gemäß Investitionsplan 2026 sind für den Betriebszweig Abwasserbeseitigung Ausgaben in Höhe von rd. 37,3 Mio. EUR (Vj 38,0 Mio. EUR) vorgesehen. Für die weiteren Einzelheiten wird auf Anlage 6 verwiesen. Die geplanten Abschreibungen liegen durch gegenläufige Effekte von Neuinvestitionen und abgelaufener Nutzungsdauer unverändert bei 15,1 Mio. EUR.

In Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde (UWB) ist der Umbau des Lübecker Kanalnetzes zu forcieren. Dazu wurden von der UWB Verfügungen mit Fristsetzungen bis 2037 erlassen. Die jährlichen Investitionen in das Kanalnetz und die Abwasseranlagen wurden schrittweise auf nun 30,0 Mio. EUR erhöht (gemäß Masterplan Stadtentwässerung).

Weitere Investitionen:

Mit dem Fokus auf den Ausbau der Elektromobilität werden rd. 1,5 Mio. EUR pro Jahr für die Erneuerung der Fahrzeugflotte aufgewendet.

Zusätzlich wird seit 2023 verstärkt in die Gebäudestruktur für den Standort Zentralkläwerk investiert. Hier haben sich bereits ab 2023 Leistungen aus dem Gesamt-Gebäude-Konzept niedergeschlagen, welches bis zum Jahr 2029 fertiggestellt werden soll. Hierbei handelt es sich um beispielsweise rechtliche Vorgaben zum Umbau der Schwarz-/Weißbereiche, Erweiterung des Bürokomplexes und Sanierung von Nutzflächen aus Gebäudeumnutzung in Höhe von 5,5 Mio. EUR.

Aber auch Investitionen in technische Ausstattungen für Großpumpwerke mit stationären Notstromaggregaten zur Aufrechterhaltung der Schmutzwasserableitung bei längeren Netzausfällen sind mit 0,5 Mio. EUR geplant.

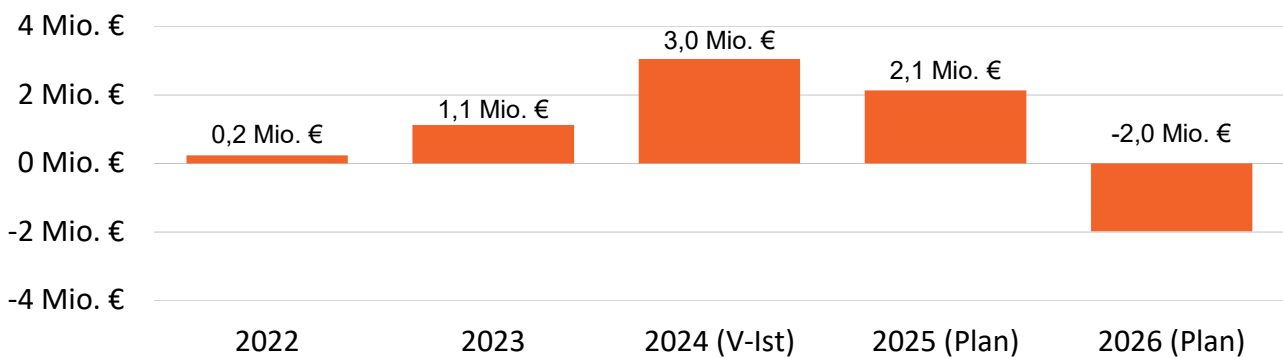


3. Betriebszweig Abfallwirtschaft

Der Abfallwirtschaftsgebührenkalkulation liegt ein 24-monatiger Kalkulationszyklus ab dem 01.01.2025 bis zum 31.12.2026 zu Grunde.

3.1. Ergebnissituation

Das Teilergebnis Abfallwirtschaft hat sich im Zeitablauf wie folgt entwickelt:

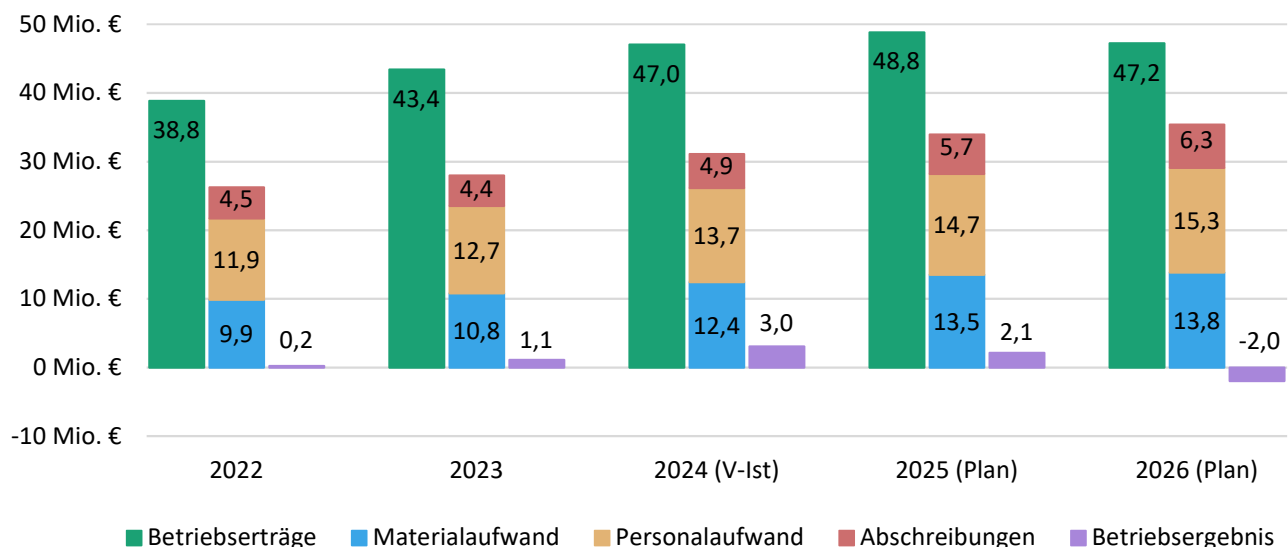


Für den Kalkulationszyklus 2025 bis 2026 wurden gebührenrechnerisch höhere kalkulatorische Zinsen und der Ausgleich der Unterdeckung der vorangegangenen Kalkulationsperiode 2021 bis 2022 von 0,83 Mio. EUR berücksichtigt (davon jeweils 50 % in 2025 und 2026), was zu höheren Betriebserträgen führt und handelsrechtlich im

Wirtschaftsplan 2025 als Überdeckung gezeigt wird. In 2026 beeinflussen die geringeren Erlöse aufgrund der bewusst niedrigeren Deponiemenge und der Strompreisreduzierung sowie die steigenden Entsorgungs- und Personalkosten das Ergebnis.

3.2. Wesentliche Planannahmen

Wesentliche Ertrags- und Aufwandskomponenten im Zeitablauf zeigt die folgende Übersicht:





Betriebserträge

Die Betriebserträge in Höhe von 47,2 Mio. EUR für das Wirtschaftsjahr 2026 beinhalten Gebühreneinnahmen über 38,3 Mio. EUR (Vj 39,3 Mio. EUR). Da sich die Deponieerweiterung derzeit im Planfeststellungsverfahren befindet, wurden die Mengen und damit die Gebühreneinnahmen bewusst gesenkt.

Zusätzlich werden Erlöse aus der Verwertung von Papier, Pappe, Kartonagen (PPK), dem Strom- und Wärmeverkauf sowie Entgelten aus sonstigen Drittmengen der Mechanisch-Biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) über 7,9 Mio. EUR (Vj 8,5 Mio. EUR) ausgewiesen. Da die EEG-Zulage ausläuft werden 0,5 Mio. EUR geringere Stromerlöse erzielt.

Eigenleistungen wurden in Höhe von 0,8 Mio. EUR berücksichtigt. Dieser Wert entspricht den laufenden Entsorgungskosten für Boden- und Asphaltarbeiten und wird in Bezug auf die Bauprojekte von Regen- und Schmutzwasserleitungen aktiviert.

Materialaufwand

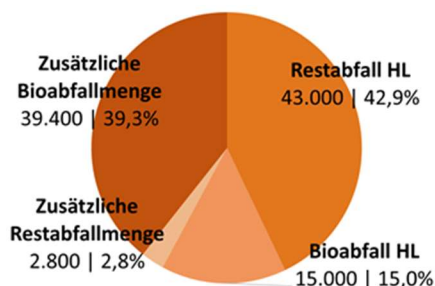
Der Materialaufwand in Höhe von 13,8 Mio. EUR (Vj 13,5 Mio. EUR) enthält im Wesentlichen Entsorgungskosten in Höhe von rd. 9,0 Mio. EUR (Vj 8,2 Mio. EUR), wobei leicht sinkenden Mengen Kostenerhöhungen aufgrund des CO₂-Preises gegenüberstehen.

Laufende Instandhaltungsaufwendungen liegen mit 3,2 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

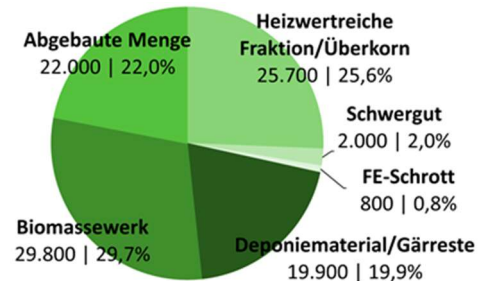
Die übrigen Aufwendungen entfallen u.a. auf Hilfs- und Betriebsstoffe, Transporte und Kraftstoffe.

Die Planung der Entsorgungskosten erfolgt u.a. in direkter Abhängigkeit von den zu erwarteten Behandlungsmengen der MBA.

Der Kostenplanung liegt eine Gesamtbehandlungsmenge in der MBA in Höhe von 100.200 Mg (Vj 101.500 Mg) zu Grunde und setzt sich wie folgt zusammen (Angaben in Mg pro Jahr):



Die Output Mengen der MBA ergeben sich wie folgt (Angaben in Mg pro Jahr):



Personalaufwand

Die für 2026 veranschlagten Personalkosten von 15,3 Mio. EUR (Vj 14,7 Mio. EUR) beinhalten die Steigerung aus dem erzielten Tarifabschluss. Außerdem sind die 10 Neueinstellungen aus dem Wirtschaftsplan 2025 mit den Aufwendungen für ein volles Jahr enthalten.

Abschreibungen und Investitionen

Der Investitionsplan 2026 zeigt Ausgaben in Höhe von 13,8 Mio. EUR.

Für die Wertstoffhöfe (WSH) sind bauliche und technische Maßnahmen über 1,2 Mio. EUR für WSH Mitte und WSH Niemark vorgesehen. Des Weiteren sind Ersatzinvestitionen für Fahrzeuge der Logistik (2,6 Mio. EUR), wie Pressmüllwagen, Pritschen- und ein Abrollfahrzeug geplant.

Kosten für energiewirtschaftliche Maßnahmen über 2,0 Mio. EUR beinhalten die Abschlussarbeiten zur Erweiterung der PV-Anlage mit einer Modulfläche von rd. 5 ha. Weitere 1,0 Mio. EUR werden für die Oberflächenabdichtung der Deponie benötigt und von 1,4 Mio. EUR, die für das Biomassewerk geplant sind, soll unter anderem ein Schredder für Grüngut angeschafft werden. Die Abschreibungen für 2026 belaufen sich in Summe auf 6,3 Mio. EUR (Vj 5,7 Mio. EUR).

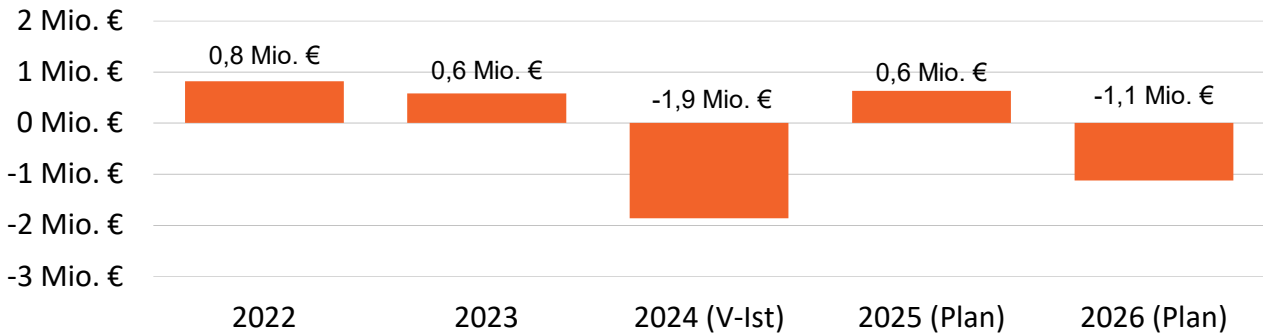


4. Betriebszweig Straßenreinigung/Winterdienst

Der Gebührenkalkulation Straßenreinigung/Winterdienst liegt ein 24-monatiger Kalkulationszyklus ab dem 01.01.2025 bis zum 31.12.2026 zu Grunde.

4.1. Ergebnissituation

Das Teilergebnis der Straßenreinigung/Winterdienst hat sich im Zeitablauf wie folgt entwickelt:



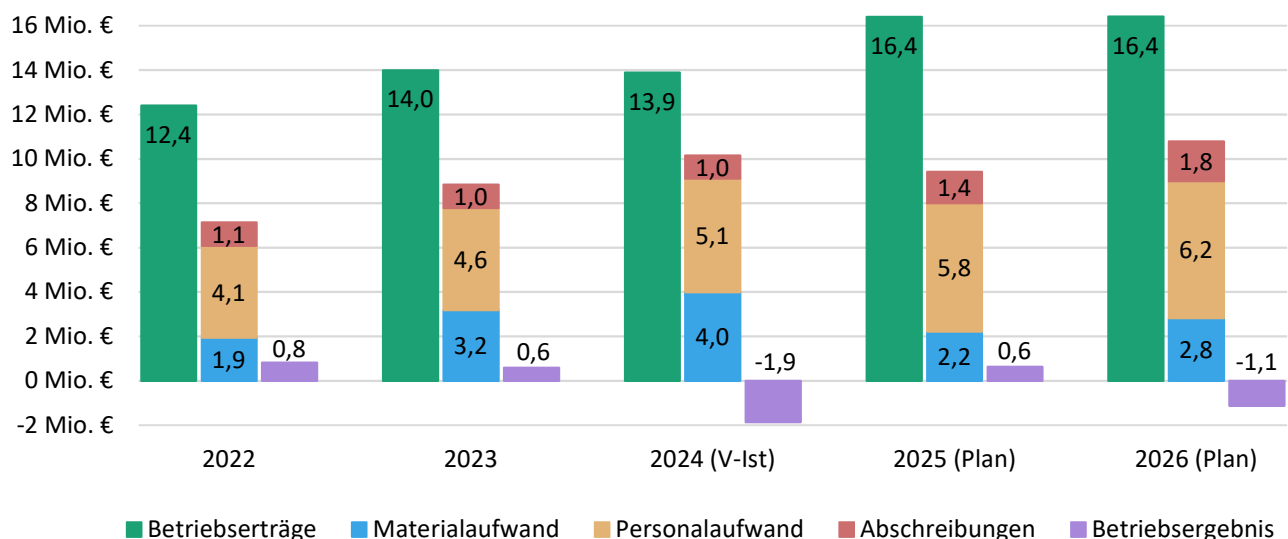
Das Planergebnis 2026 liegt bei -1,1 Mio. EUR und ermittelt sich aus den kalkulierten Gebühreneinnahmen. Kostensteigerungen in 2026 resultieren im Wesentlichen aus den Bereichen Personal und Abschreibungen sowie höheren Aufwendungen im Winterdienst aufgrund der angenommenen Einsatzhäufigkeit und gestiegenen Rufbereitschaftskosten. Sämtliche Aufwandspositionen

sind entsprechend dem Zyklus der Gebührenkalkulation fortgeführt und geplant worden.

Für den Kalkulationszyklus 2025 und 2026 wurden gebührenrechnerisch höhere kalkulatorische Zinsen und der Ausgleich der Unterdeckung der vorangegangenen Kalkulationsperiode 2021 bis 2022 von 0,5 Mio. EUR berücksichtigt (davon jeweils 50 % in 2025 und 2026).

4.2. Wesentliche Planannahmen

Wesentliche Ertrags- und Aufwandskomponenten im Zeitablauf zeigt die folgende Übersicht:





Betriebserträge

Das Planungsjahr 2026 basiert auf der Gebührens-kalkulation der Jahre 2025 bis 2026 und umfasst ein Gebührevolumen von rd. 13,2 Mio. EUR. Darin enthalten sind 4,6 Mio. EUR aus der Öffentlichen Interessenquote und davon entfallen 1,2 Mio. EUR auf die nichtveranlagten städtischen Grundstücke.

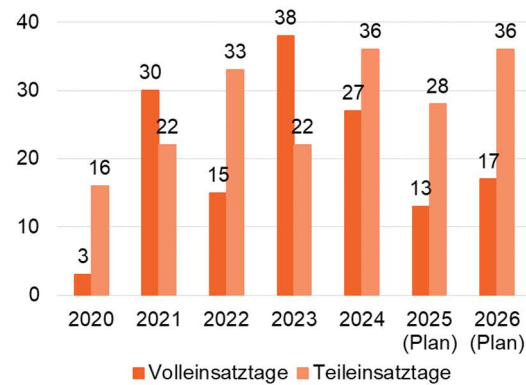
Die geplanten Einnahmen aus Leistungen außerhalb der Satzung liegen bei etwa 2,8 Mio. EUR, wobei 1,5 Mio. EUR auf den Winterdienst der Hansestadt Lübeck entfallen. Darin enthalten sind die Aufwendungen aus dem Winterdienstkonzept auf Radwegen. Weitere 0,4 Mio. EUR resultieren aus der Standplatzreinigung der Dualen Systeme Deutschland und 0,4 Mio. EUR stammen aus der Weiterbelastung der Personalaufwendungen des Projektes „Stadtsauberkeit“ sowie der Papierkorbleerung des Drehbrückenvorplatzes.

Materialaufwand

Der Materialaufwand der Straßenreinigung beinhaltet im Wesentlichen die Kosten für Streumittel und Fremdleistungen im Winterdienst (zusammen 2,0 Mio. EUR). Außerdem wurde im letzten Jahr der Tarifvertrag für den Winterdienst durch die Gewerkschaft gekündigt. Es wird davon ausgegangen, dass mit einem neuen Tarifvertrag höhere Aufwendungen für die Rufbereitschaft anfallen werden, so dass die Fremdleistungen um weitere 500 TEUR für die Mitarbeitenden der Hansestadt Lübeck erhöht wurden.

Des Weiteren sind Kosten für Fremdleistungen für externe Reinigungen und Papierkorbleerungen aufgrund von Mehrmenge (0,4 Mio. EUR), sowie Entsorgungskosten für Kehrriecht und Abfall aus der Papierkorbleerung (0,2 Mio. EUR) enthalten. Für das Planungsjahr 2026 wurde die Anzahl der Wintereinsätze zu Grunde gelegt, welche auf dem gleitenden Durchschnitt der vorliegenden Ist-Werte der letzten Jahre basiert. Daraus ergibt sich eine Planungsgrundlage von rechnerisch 17 Volleinsatztagen und 36 Teileinsatztagen.

Die folgende Grafik zeigt die Anzahl der Winterdienst-einsätze von 2020 bis 2026:



Personalaufwand

Die für 2025 geplanten Personalkosten betragen 6,2 Mio. EUR (Vj 5,8 Mio. EUR). Der erzielte Tarifabschluss wurde berücksichtigt und trägt zum Teil zur Erhöhung der Aufwendungen bei.

Zusätzlich wird aufgrund des gekündigten Tarifvertrags für den Winterdienst nach aktuellem Stand davon ausgegangen, dass aus einer neuen tariflichen Einigung betriebliche Mehraufwendungen resultieren werden und keine kostenneutrale Lösung gefunden wird. In diesem Zusammenhang wurden weitere Zulagen von 190 TEUR für die Rufbereitschaft zum Winterdienst in den Wirtschaftsplan aufgenommen.

Abschreibungen und Investitionen

Gemäß Investitionsplan 2026 sind im Bereich der Straßenreinigung Investitionen in Höhe von rd. 7,7 Mio. EUR (Vj 5,5 Mio. EUR) vorgesehen (siehe auch Anlage 6).

Die größten Maßnahmen sind Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten in Höhe von 5,1 Mio. EUR. Die Steigerung ergibt sich zum Teil aus verschobenen Investitionen von Fahrzeugen aus den Vorjahren.

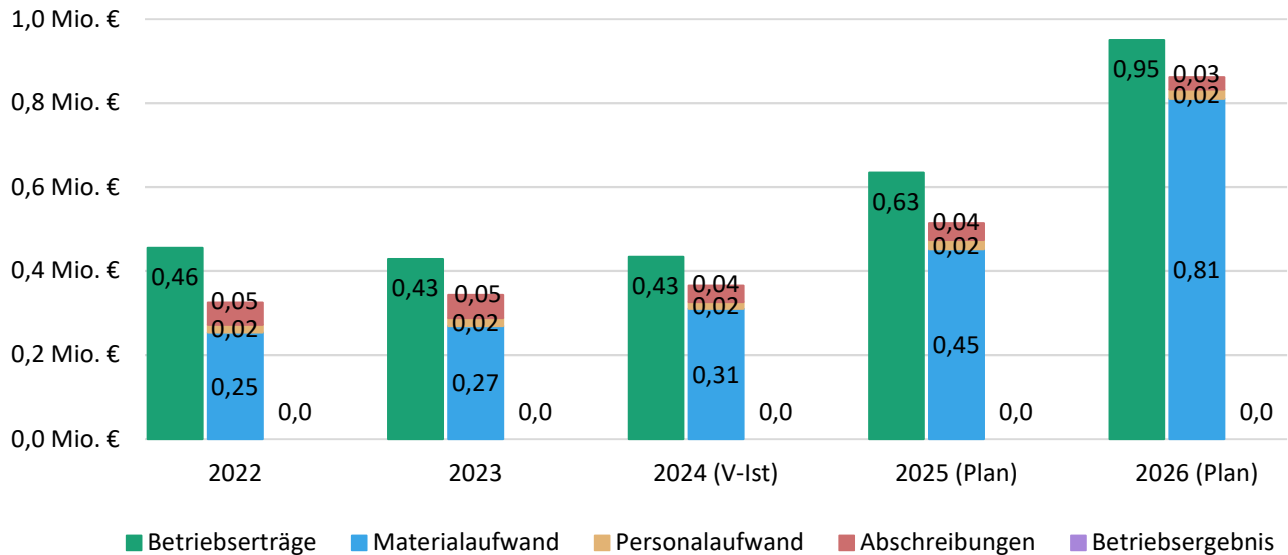
Abschreibungen sind in Höhe von rd. 1,8 Mio. EUR geplant.



5. Betriebszweig Bedürfnisanstalten

5.1. Wesentliche Planannahmen

Die EBL unterhalten im Auftrag der Hansestadt Lübeck verschiedene Bedürfnisanstalten. Die durch den Betrieb entstehenden Unterdeckungen werden durch die Hansestadt Lübeck erstattet.



Betriebserträge

Die Betriebserträge in Höhe von 1,0 Mio. EUR setzen sich aus dem Zuschuss der Hansestadt Lübeck und den geplanten Einnahmen aus Benutzungsgeldern und Untervermietungen (BA Obertrave) zusammen.

Materialaufwand

Der Materialaufwand in Höhe von rd. 0,8 Mio. EUR beinhaltet die Kosten für Reinigung, Reparaturen, Energie und Wachdienste sowie die Inanspruchnahme interner Dienstleistungen. Da es ab 2025 einen neuen Anbieter für die externen Reinigungen gibt, werden die Aufwendungen für bezogene Leistungen weiter steigen. Außerdem sind Instandhaltungen für vier Bedürfnisanstalten geplant.

Personalaufwand

Die Kosten der in diesem Bereich tätigen Mitarbeiter:innen der EBL werden anteilig berücksichtigt.

Abschreibungen und Investitionen

In 2026 ist der Neubau einer Bedürfnisanstalt im Drägerpark geplant.

Die Abschreibungen für das Anlagevermögen werden im Wirtschaftsplan 2026 mit rd. 29 TEUR angesetzt. Die sinkenden Aufwendungen begründen sich durch Anlagen, deren Abschreibungen bis Anfang 2026 enden.

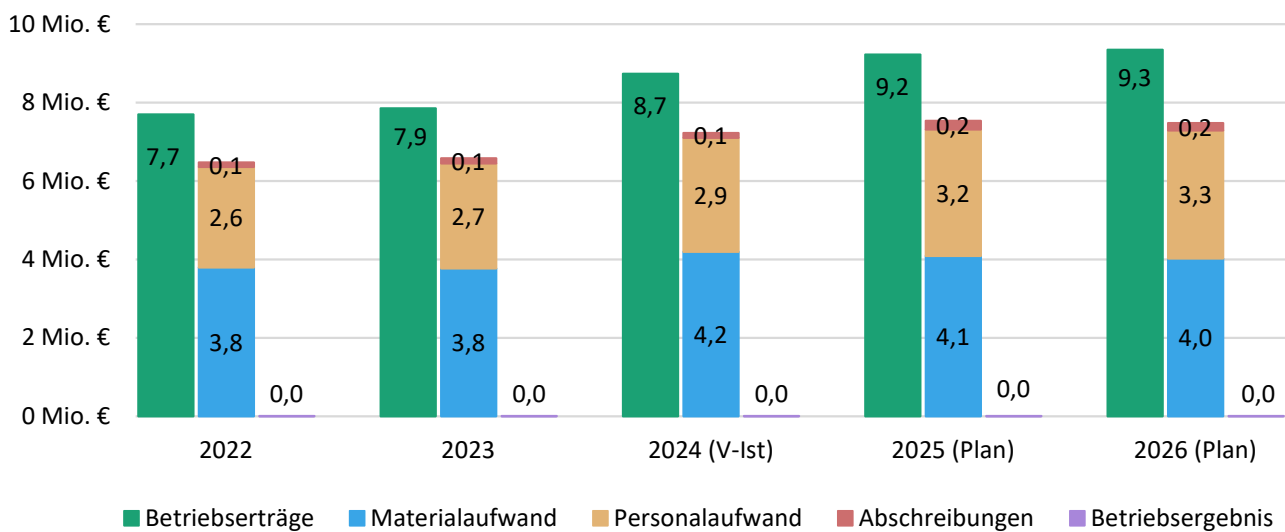


6. Betriebszweig Betriebstechnik

6.1. Wesentliche Planannahmen

Es wird, wie im Vorjahr auch, ein ausgeglichenes Ergebnis geplant. Voraussichtliche Gewinne werden ausschließlich aus Drittgeschäften erzielt.

Wesentliche Ertrags- und Aufwandskomponenten im Zeitablauf zeigt die folgende Übersicht:



Betriebserträge

Der Umsatz setzt sich aus Wartung und Instandsetzung der EBL-Fahrzeuge (4,9 Mio. EUR) und den intern verrechneten Dienstleistungen (1,6 Mio. EUR) für Kraftstoffe, Lagerleistung und Fahrzeugwäsche zusammen. Weitere Einnahmen über 2,5 Mio. EUR werden durch Reparaturen und Kraftstofflieferungen für Fahrzeuge der Hansestadt Lübeck und 0,4 Mio. EUR durch Drittrepaturen erzielt.

Materialaufwand

Der Materialaufwand von 4,0 Mio. EUR enthält u.a. die Kosten für Ersatzteile (2,1 Mio. EUR), Kraftstoffeinkauf (1,1 Mio. EUR) und sonstige Fremdleistungen (0,6 Mio. EUR).

Personalaufwand

Die für 2026 geplanten Personalkosten von 3,3 Mio. EUR (Vj 3,2 Mio. EUR) beinhalten die Steigerung aus dem erzielten Tarifabschluss.

Abschreibungen und Investitionen

Gemäß Investitionsplan 2026 sind im Bereich der Betriebstechnik Investitionen in Höhe von rd. 0,6 Mio. EUR (Vj 0,3 Mio. EUR) vorgesehen (siehe auch Anlage 6).

Abschreibungen sind in Höhe von rd. 0,2 Mio. EUR geplant.



C. VORBERICHT ZUM VERMÖGENSPLAN

Der Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 2026 wird in Anlage 3 mit einem Volumen von insgesamt 76,4 Mio. EUR dargestellt und liegt damit ca. 2,9 Mio. EUR unter dem Niveau des Vorjahres von 79,3 Mio. EUR.

Einnahmen

Neben dem erwarteten Jahresüberschuss von 7,9 Mio. EUR sind die Abschreibungen in Höhe von 24,8 Mio. EUR die wesentliche Quelle der erwirtschafteten Eigenmittel. Unter Berücksichtigung der Zuschüsse Dritter über insgesamt 0,5 Mio. EUR aus zu erwartenden Anschlussbeiträgen ist eine Kreditaufnahme von 43,1 Mio. EUR zur Finanzierung der Ausgaben erforderlich.

Ausgaben

Die Ausgaben für Sachanlagen im Wirtschaftsjahr 2026 in Höhe von 65,7 Mio. EUR entsprechen den geplanten Investitionen gemäß dem in Anlage 6 dargestellten Investitionsplan. Mit 37,3 Mio. EUR entfallen die Mittelabflüsse überwiegend auf die Abwasserbeseitigung.

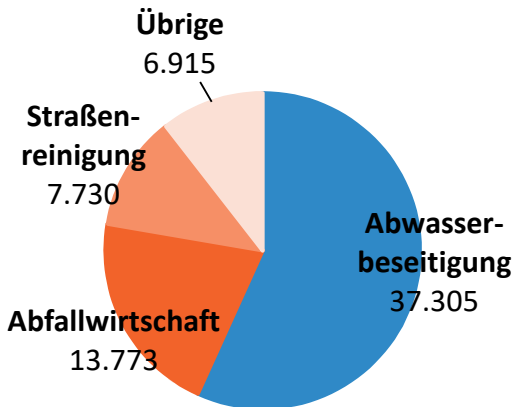
Die Kredittilgungen sind den Zins- und Tilgungsplänen der Kreditinstitute entnommen und entsprechend hochgerechnet worden.

Aus dem Vermögensplan für das Jahr 2026 wurde ein Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2030 entwickelt (Anlage 4).

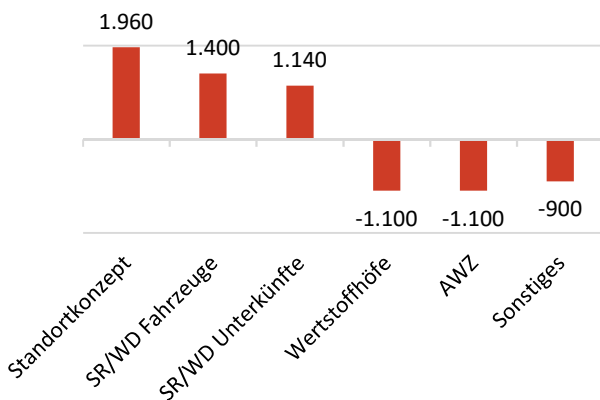


D. VORBERICHT ZUM INVESTITIONSPLAN

Das Gesamtinvestitionsvolumen von 65,7 Mio. EUR verteilt sich auf die einzelnen Unternehmensbereiche (in TEUR) wie folgt:



Die Steigerung der Investitionen in Höhe von 1,4 Mio. EUR gegenüber der Planung 2025 erklärt sich aus folgenden Veränderungen (in TEUR):



Die Anlage 6 zeigt die geplanten Investitionen für das Jahr 2026 sowie für die Folgejahre 2027 bis 2029, welche auf Basis bisheriger konkreter Projekte noch nicht vollständig vorhersehbar sind und deswegen nicht in voller Höhe abgebildet werden können.

Für die Beschaffung von Fahrzeugen mit klimaschonenden, alternativen Antrieben werden Mehrkosten im Vergleich zu konventionellen Antrieben berücksichtigt. Durch den Einsatz alternativer Antriebe sind Einsparungen in den laufenden Betriebskosten erzielbar. Damit gehen die EBL einen weiteren Schritt im Bereich Klimaschutz und verbessern die bereits positive CO₂ Bilanz weiter.

In der Sparte Stadtentwässerung ist für den Masterplan ein jährlich gleichbleibendes Investitionsvolumen von 30,0 Mio. EUR geplant.

Außerdem ist der Neubau eines Verwaltungsgebäudes auf dem Gelände des Zentralkläwerks berücksichtigt, mit dem zukünftig die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen wie z.B. der Arbeitsstättenverordnung gewährleistet wird.

Im Bereich der Abfallwirtschaft wird mit einem Investitionsvolumen von 13,8 Mio. EUR geplant. Davon sind 2,9 Mio. EUR für die Anlagenerneuerung der MBA vorgesehen. Diese Maßnahmen sind mit einer Investitionssumme von insgesamt ca. 33,7 Mio. EUR in den nächsten Jahren berücksichtigt. Die Planung des neuen Betriebsgebäudes der MBA ist mit 2,0 Mio. EUR angesetzt und wird in den Folgejahren mit einer Investitionssumme von ca. 7,7 Mio. EUR im Plan abgebildet.

Die im Investitionsplan nachrichtlich aufgeführten Planansätze im Bereich der Deponie sind in der Rückstellung für Deponienachsorge enthalten und haben deshalb keine Ergebniswirkung.

Die Rückstellung für die Deponienachsorge wird in Abständen von drei Jahren durch ein eigenständiges Gutachten ermittelt, wobei der Grad der Verfüllung, die voraussichtliche restliche Nutzungsdauer, die Anrechenbarkeit betrieblicher und investiver Maßnahmen zur Erfüllung der Nachsorgeanforderungen bewertet wird. Das Gutachten wurde zuletzt im Januar 2025 aktualisiert. Die nächste Überarbeitung ist für Ende 2027 geplant. Zum 31.12.2024 sind 34,8 Mio. EUR (Vj 41,4 Mio. EUR) in der Rückstellung eingestellt. In der Rückstellung für die Deponienachsorge sind auch Positionen für abschließende erforderliche Sicherungs- oder Sanierungsmaßnahmen der Deponie enthalten.

Im Betriebszweig Straßenreinigung/Winterdienst ist die Sanierung von verschiedenen Unterkünften in Höhe von 2,6 Mio. EUR (Vj 1,5 Mio. EUR) geplant. Das Investitionsvolumen dieser Maßnahmen beträgt bis Ende 2027 insgesamt 5,2 Mio. EUR. Eine weitere Erhöhung der Investitionen über 1,4 Mio. EUR ergibt sich aus Fahrzeugen, die



aus den Vorjahren verschoben wurden, wie im Abschnitt zum Bereich Straßenreinigung/Winterdienst erläutert.

Im Zentralbereich sind notwendige Investitionen für klimaneutrale und ressourcenschonende Sanierungen sowie Erweiterungen des Verwaltungsgebäudes am Standort Malmöstraße eingeplant, welche im Rahmen des Standortkonzeptes in den nächsten Jahren weiter fokussiert wird.

Der Betriebshof der EBL in der Malmöstraße 22 weist seit vielen Jahren einen erheblichen Sanierungs- und Umstrukturierungsbedarf auf.

Die Bausubstanz der Hallen und des ersten Verwaltungsbaus entstammt zum größten Teil aus den 1960er bis 1970er Jahren. Altersbedingt haben die Haustechnik, Dachabdichtungen, Fenster, Dämmmaterialien und teilweise auch die tragenden Bauteile die Grenze ihrer Lebensdauer erreicht und verfügen über teils erhebliche Mängel. Die neueren Gebäudeteile aus den 1990er bis 2000er Jahren sind zwar in einem vergleichsweise besseren Bauzustand, bedürfen jedoch dringend einer energetischen Sanierung und Modernisierung. Daher ist bereits in einer frühen Phase der Betrachtung die Erkenntnis gereift, dass der Herausforderung allein durch umfangreiche Sanierungs- und Umbaumaßnahmen nicht in geeigneten Maße entsprochen werden kann und eine Auslagerung von Funktionsbereichen zwingend Bestandteil der Überlegungen und weiteren Planungen in diesem Kontext sein muss.

Im Jahr 2020 erwarben die EBL ein Grundstück am Stockholmrings. Im Jahre 2022 wurde eine erste Machbarkeitsstudie ausgeschrieben und beauftragt, welche sowohl Neubaumaßnahmen auf dem Stockholmrings, als auch die Umbaumaßnahmen in der Malmöstraße betrachten sollte.

Anfang 2024 wurde die Machbarkeitsstudie mit den aktualisierten Erkenntnissen fortgeführt und der Umfang der Konzeptbetrachtung weiter geöffnet, um zu ermitteln, wo größtmögliche Entwicklungspotentiale entstehen würden. Hierbei kristallisierte sich heraus, dass die Auslagerung des kompletten allgemeinen Verwaltungsapparats von der Malmöstraße auf den Stockholmrings die langfristig nachhaltigste Lösung bietet.

Da ohnehin massive Sanierungs- und Neubaumaßnahmen im Verwaltungsbau anstehen, bietet sich durch einen Neubau auf einem zweiten Standort die Chance neue, zeitgemäße Strukturierung der Arbeitsräume zu schaffen.

Auf dem Stockholmrings soll bis voraussichtlich 2029/2030 ein neues Bürogebäude für die Verwaltung entstehen. Der Standort Malmöstraße wird als Betriebshof für die komplette Sparte Stadtreinigung inklusive ihrer verwaltenden Abteilungen Straßenreinigung, Abfalllogistik und Betriebstechnik erhalten und entsprechend der heutigen Anforderungen ertüchtigt.

Auf dem Betriebshof in der Malmöstraße sollen sukzessive Umbau- und Sanierungsmaßnahmen bis voraussichtlich 2032 vorgenommen werden. Es handelt sich hierbei um eine Gesamtprojektgröße von rd. 40 Mio. Euro, welches in 2025/2026 mit Planungskosten startet.



E. VORBERICHT ZUR STELLENÜBERSICHT

Die EBL sind mit 725,5 (Stand: 2025) Stellen ein bedeutender Arbeitgeber in der Hansestadt Lübeck. Dies gilt insbesondere auch für nach Tarifrecht einfache Tätigkeiten.

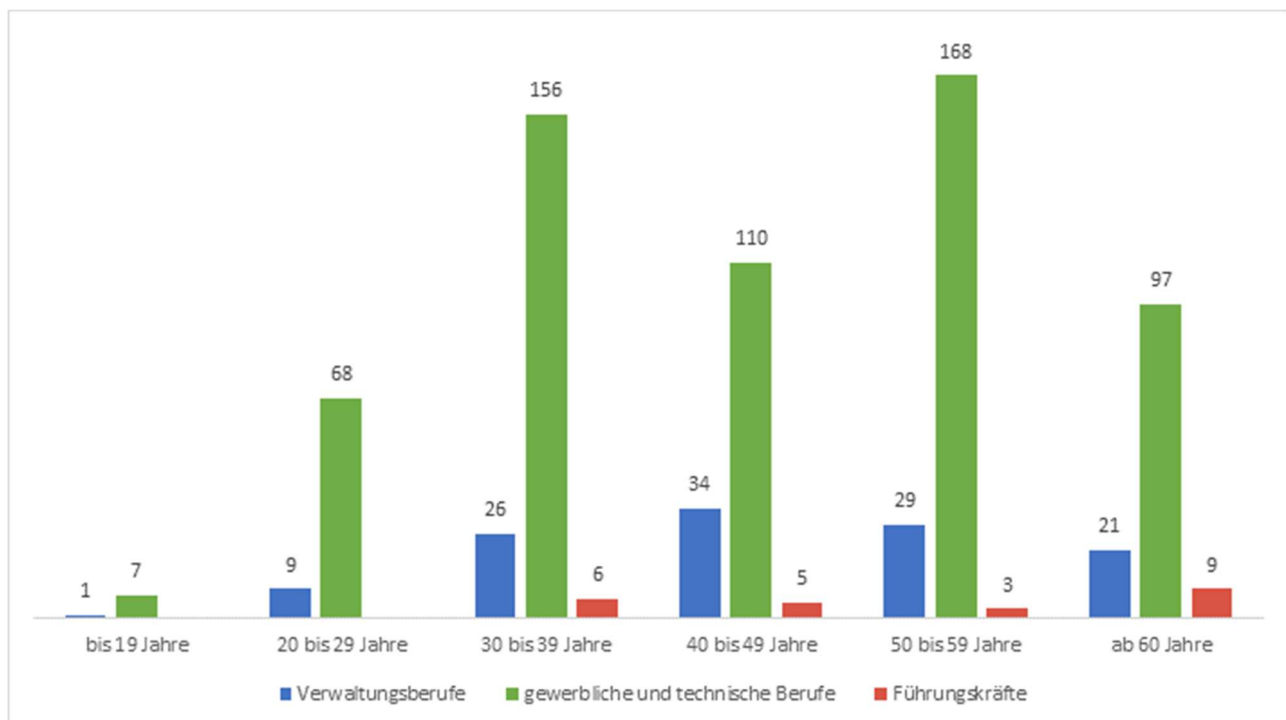
1. Eckpunkte des Stellenplans

Die systematische Analyse des Personalkörpers der EBL hat generell einen großen zukünftigen Bedarf an qualifizierten Ingenieur:innen und Techniker:innen für das Unternehmen aufgezeigt.

Fachkräftemangel, demographische Entwicklung, Qualifikationen und Arbeitgeber:innenattraktivität sind für die EBL die wesentlichen Themen. Besondere Herausforderungen sind die Ingenieur- und IT-Berufe, aber auch zunehmend Fachkräfte wie bspw. Betriebshandwerker:innen und vor allem Techniker:innen.

Die Altersstruktur der EBL ist eine zusätzliche Herausforderung. Fast die Hälfte (rd. 45 % von 749, Stand 2024) aller Mitarbeitenden bei den EBL sind älter als 50 Jahre. Der Anstieg der jährlich zu bewältigenden Nachbesetzungen ist bereits jetzt deutlich spürbar und wird in den Folgejahren erheblich zunehmen.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Anzahl der Mitarbeitenden (inkl. Zeitverträge und Auszubildende) der EBL, aufgeteilt nach Bereichen und Altersgruppen:





2. Entwicklung des Stellenplans

In der Bruttobetrachtung und somit inklusive der bereits über Bürgerschaftsbeschlüsse oder über verbindliche rechtliche Anforderungen bedingten Stellenbedarfe weist der Stellenplan 2026 im Vergleich zum Stellenplan 2025 eine Erhöhung von 3 Stellen aus.

Eine Stelle resultiert aus der Übernahme der Klimaschutzprojekte, die von der Hansestadt Lübeck in der Bürgerschaft beschlossen und Ende 2024 in die EBL umgewidmet wurde.

Zwei Stellen sind bedingt durch Mehraufwand aus der Erweiterung technischer Anlagen im Zusammenhang mit der laufenden und zukünftig geplanten Standortentwicklung im Bereich Facilitymanagement. Dadurch werden Aufgaben verstärkt wahrgenommen, die bisher nur auf einem mindestnotwendigen und nicht nachhaltigen Niveau im Rahmen der Instandhaltung ausgeübt wurden, sowie flankierende technische Leistung zur Umsetzung beschlossener Konzepte (Fahrzeugkonzept und E-Mobilität). Daneben gilt es insbesondere, die anstehenden und sich über die nächsten ca. 10 Jahre erstreckenden Hochbautätigkeiten (Planung, Vergabe, Bauleitung, Wahrnehmung Bauherrenfunktion) personell abzusichern.

Im Vergleich zum Stellenplan 2025 ergibt sich die folgende Entwicklung der Stellen für Beschäftigte und Beamt:innen:

	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
Beschäftigte	710,5	690,1	713,5
Beamt:innen	14	13,2	14
Summe	724,5	703,3	727,5

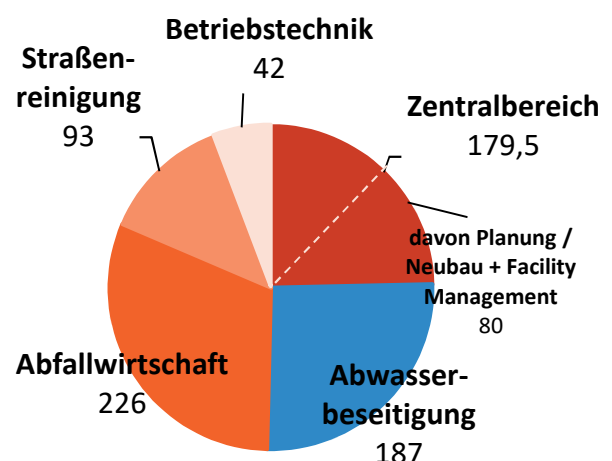
Die Differenz zwischen dem IST 2025 mit Stichtag 01.04.2025 und Plan 2026 entfällt mit ca. 8,5 VZÄ, verteilt auf 50 Mitarbeitende, auf Teilzeitmodelle. Die verbleibenden Positionen resultieren aus den für das laufende Jahr geplanten, aber noch nicht abgeschlossenen Stellenbesetzungen sowie der natürlichen Fluktuation und laufenden Nachbeset-

zungsverfahren, teils mit vorgeschalteter Überarbeitung der Stellenbeschreibung und Neubewertung.

Mit dem Stellenplan 2026 ist eine im Abschnitt 3 näher erläuterte Ausweitung vorgesehen. Dies führt zu einer Veränderung im Vergleich zum Vorjahr von 0,4 %.

Für jede neue oder auch eingesparte Stelle werden die Auswirkungen auf die Finanzierung des Personalaufwandes betrachtet. Dauerhafte neue Stellen werden insbesondere dann vorgeschlagen, wenn sie rechtlich oder regulatorisch zwingend erforderlich, konzeptionell beschlossen, aus demografischen oder kapazitiven Gründen dringend geboten sind oder wenn durch sie eine wirtschaftlich positive Wirkung auf das Unternehmen und seine Gebührenbereiche erwartet wird (z.B. Mehrmengen MBA oder Biomassewerk; Ersatz von externen Beauftragungen durch Eigenerbringung von Leistungen). Im letzteren Fall sind die Stellen aus sich heraus rentierbar. Führen Zuweisungen von neuen Tätigkeiten oder regulatorische Vorgaben (neue gesetzliche Anforderungen, wie z. B. KRITIS, Auflagen Wasserbehörde, Konzept Winterdienst) zu einer zwingenden Aufgabenausweitung, so haben diese in der Regel eine unvermeidliche Gebührenwirkung.

Die Aufteilung der 727,5 Stellen (=VZÄ) nach Betriebszweigen stellt sich im Wirtschaftsjahr 2026 wie folgt dar:





3. Schwerpunkte im Stellenplan

3.1. Vorbemerkung

Die im Stellenplan 2026 eingeplanten neuen Stellen werden im Zentralbereich der Abteilung Facilitymanagement zugeordnet. Die jeweils angegebenen Stellenbewertungen sind vorläufig und bedürfen noch einer Bestätigung. Neben neuen Stellen weist der Stellenplan in Einzelfällen geplante Stellenbewertungen aus. Diese ergeben sich im Wesentlichen aus den Anlagen 7 und 8.

Mit Beschluss des Wirtschaftsplans werden die Planstellen gemäß endgültiger Bewertung beschlossen, auch wenn diese höher oder niedriger ausfallen sollten als hier ausgewiesen.

3.2. Einzelheiten zu den geplanten neuen Stellen im Stellenplan

Zentralbereich

Abteilung Facilitymanagement

Der heutige Betriebsstandort Malmöstraße wird den in allen Bereichen gestiegenen betrieblichen Anforderungen hinsichtlich Arbeitsschutz, Arbeitsstättenrichtlinien, Hygiene, Energiestandard, Brandschutz, Informations- und Standortsicherheit sowie Abläufen der technischen Infrastruktur insgesamt nicht mehr gerecht. Dies gilt sowohl logistisch und zustandsbedingt als auch kapazitiv.

Stand der jetzigen Planung zum Standortkonzept, wird dies unter anderem den Abriss des Verwaltungsgebäudeteils aus den 1970er Jahren, den Abriss der alten Salzhalle, einer KFZ-Halle und der Tankstelle, sowie den Rückbau des Containerdorfs, in welchem seit 2017 vorübergehend mehrere Abteilungen untergebracht sind, beinhalten. Außerdem sind Neubaumaßnahmen für eine neue Salzhalle, Streugutsilos, eine Solestation, ein Werkstattgebäude für E-Fahrzeuge, ein Parkhaus, ein Tonnenlager und eine Kantine mit Seminarbereich geplant.

Das Verwaltungsgebäude aus den 1990er Jahren soll energetisch saniert und innerhalb der bestehenden Kubatur durch weitere Sanitär- und Umkleieräume mit Schwarz-Weiß-Trennung ergänzt werden. Die übrigen Gebäude werden bereits laufend saniert.

Die EBL planen daher, für die oben genannten Baumaßnahmen zwei separate Planungsaufträge

im Rahmen zweier Vergabeverfahren auszuschreiben:

1. Die Entwicklung eines neuen Verwaltungsstandorts der EBL als Neubaumaßnahme am Stockholmrings.
2. Die damit verbundene Entwicklung eines eigenen Standorts für die Sparte Stadtreinigung der EBL in der Malmöstraße und dortige Umbau-, Sanierungs- und Neubaumaßnahmen.

Aufgrund der vielfältigen Aufgabenpakete in den nächsten Jahren, resultierend aus der Standortuntersuchung Malmöstraße 22 und Stockholmrings, entstehen für die Abteilung Facility Management, eine Vielzahl von Projektaufgaben, die sowohl Neubaumaßnahmen als auch Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen nach sich ziehen, die nicht allein von einer Architektin, die gleichzeitig Abteilungsleitung des Bereiches ist und die ebenso mit umfassenden Führungsaufgaben betraut ist, abgewickelt werden können.

Benötigt wird daher die Stelle als **Hochbauingenieur:in/Architekt:in (E11)**, um die anstehenden komplexen Aufgaben und gesetzlichen Anforderungen zu bewältigen und dabei kontinuierlich sowie zuverlässig abzuarbeiten, u.a. die Nutzung alternativer Energien bei der Gebäudeheizung bzw. -Klimatisierung, Energie-Rückgewinnung, Aufbau einer perspektivisch ausgerichteten E-Mobilität, reguläre Instandhaltung der älteren Anlagen und Gebäuden, KFZ-Hallen, Fassadenerneuerung, Schaffung von Arbeitsständen für Hochvoltfahrzeuge etc.



Die Neubau-, Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen am Standort Malmöstraße betreffen auch in erheblichem Maße die in die Jahre gekommenen Elektroinstallationen, welche nicht den Standards der DGUV-V4 entsprechen und sowohl ein technisches als auch arbeitsschutzrechtliches Risiko darstellen (z.B. veraltete Schaltschränke, fehlende Schaltpläne, provisorische Unterverteilungen, mangelhafte Beleuchtung usw.). Zudem werden durch Neu- und Umbauprojekte der Kfz-Werkstatt, der Straßenreinigung und der Abfalllogistik, sowie durch den Ausbau der Elektromobilität zahlreiche Neuinstallationen notwendig. Zum Arbeitsumfang gehören außerdem die Erstprüfungen von ortsveränderlichen elektr. Betriebsmitteln. Die Abteilung Facility Management ist mit derzeit einer einzigen Elektrikerstelle zu gering besetzt, um den Umfang dieser Leistungen bedarfsgerecht abzudecken. Die Fremdvergabe dieser Leistungen ist nur teilweise zielführend, sehr kostenintensiv und führt zu großem Zeitverzug, welcher aufgrund der betrieblichen Relevanz nicht hinnehmbar ist. Deswegen ist die Abteilung durch eine:n **Elektriker:in (E7)** zu ergänzen.



ANLAGEN

I. Anlage 1: Erfolgsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck

	V-Ist 2024	Planansatz 2025	Planansatz 2026
	Euro	Euro	Euro
1. Umsatzerlöse	116.489.974	133.424.855	132.001.476
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.951.331	2.315.000	2.340.000
3. Sonstige betriebliche Erträge	8.749.583	4.603.923	4.656.832
4. Summe betrieblicher Erträge	127.190.888	140.343.778	138.998.308
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13.278.623	14.050.647	13.580.241
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	17.878.847	17.291.109	19.210.606
5. Materialaufwand	31.157.470	31.341.756	32.790.847
a) Löhne und Gehälter	35.684.282	40.377.298	41.927.353
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	10.037.471	11.203.979	11.831.513
6. Personalaufwand	45.721.754	51.581.276	53.758.865
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	21.929.020	23.981.698	24.819.170
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.471.222	12.799.025	13.402.640
9. Zuführung Gebührenaufgleichsrückstellung	0	0	0
10. Summe betrieblicher Aufwendungen	111.279.465	119.703.755	124.771.523
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	207.213	0	0
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.987.862	4.626.406	6.256.251
13. Finanzergebnis	4.780.650	4.626.406	6.256.251
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.130.773	16.013.617	7.970.534
15. Beteiligungsergebnis	0	191.762	0
16. Sonstige Steuern	618.706	75.804	74.434
17. Jahresverlust / -gewinn	10.512.067	16.129.575	7.896.100



II. Anlage 2: Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen der Entsorgungsbetriebe Lübeck

Aufwendungen nach Betriebszweigen	2025	2026						
	Gesamt	Gesamt	Zentralbereich	Abwasserbeseitigung	Abfallwirtschaft	Straßenreinigung/Winterdienst	Bedürfnisanstalten	Betriebstechnik
nach Aufwandsarten	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1. Materialaufwand								
a) Bezug von Fremden	31.341.756	32.790.847	723.700	10.583.900	13.821.537	2.827.210	810.500	4.024.000
b) Bezug von Betriebszweigen	8.162.395	8.276.561	228.200	1.254.067	4.297.486	2.496.763	45	0
2. Löhne und Gehälter	40.377.298	41.927.353	6.806.427	15.669.711	12.014.992	4.854.421	17.408	2.564.394
3. Soziale Abgaben	10.918.979	11.504.513	2.025.519	4.188.866	3.275.683	1.310.694	4.700	699.050
4. Zuführung für Pensionsrückstellungen	285.000	327.000	181.000	146.000	0	0	0	0
5. Abschreibungen	23.981.698	24.819.170	1.472.791	15.052.473	6.275.457	1.796.465	28.874	193.111
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.626.406	6.256.251	414.263	3.959.794	1.705.349	148.096	14.812	13.937
7. Steuern	75.804	74.434	774	20.650	39.530	10.980	0	2.500
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.799.025	13.402.640	4.158.450	4.423.600	2.541.700	1.788.340	32.450	458.100
9. Summe 1 - 8	132.568.360	139.378.769	16.011.125	55.299.061	43.971.734	15.232.969	908.789	7.955.092
10. Umlage								
Zurechnung (+)	14.324.718	15.634.325	0	5.869.155	6.022.450	2.312.755	41.455	1.388.511
Abgabe (-)	-14.324.718	-15.634.325	-15.634.325	0	0	0	0	0
11. Aufwendungen 1 - 10	132.568.360	139.378.769	376.800	61.168.216	49.994.183	17.545.724	950.243	9.343.603
12. Betriebserträge								
a) nach der GuV-Rechnung	137.821.101	136.475.630	315.600	68.673.829	47.222.009	16.406.173	950.243	2.907.776
b) Lieferungen an andere Betriebszweige	8.162.395	8.276.561	61.200	975.595	786.059	12.000	0	6.441.707
c) Aufl. Gebührenaussgleichsrückstellung	2.522.677	2.522.677	0	2.521.931	0	746	0	0
13. Betriebserträge insgesamt	148.506.173	147.274.869	376.800	72.171.355	48.008.068	16.418.919	950.243	9.349.483
14. Betriebsergebnis	15.937.813	7.896.100	0	11.003.139	-1.986.115	-1.126.805	0	5.880
15. Finanz-/Beteiligungserträge	191.762	0	0	0	0	0	0	0
16. Unternehmensergebnis	16.129.575	7.896.100	0	11.003.139	-1.986.115	-1.126.805	0	5.880



III. Anlage 3: Vermögensplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck

	2023	2024	2025	2026	Verpflichtungs- ermächtigung
Entsorgungsbetriebe Lübeck - Planansatz	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Einnahmen					
1. Zuweisungen der Hansestadt zum Stammkapital oder zu den Rücklagen	0	0	0	0	
2. Zuführung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	0	0	0	0	
3. Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzügl. Entnahmen	0	0	0	0	
4. Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0	
5. Veräußerung von Beteiligungen sowie Rückflüsse von Kapitalanlagen	0	0	0	0	
6. Zuschüsse Nutzungsberechtigter					
Ertragszuschüsse	500.000	500.000	500.000	500.000	
sonstige Bauzuschüsse	0	0	0	0	
7. Abschreibungen	22.279.275	23.177.102	23.981.698	24.819.170	
8. Veräußerung von beweglichem Vermögen	0	0	0	0	
9. Kredite (ohne Tilgung für Zwecke der Umschuldung)	24.728.151	32.772.526	38.647.227	43.142.743	
10. Jahresgewinn	14.639.574	8.745.372	16.129.575	7.896.100	
11. Verminderung des Nettogeldvermögens	0	0	0	0	
	62.147.000	65.195.000	79.258.500	76.358.013	
Ausgaben					
12. Rückzahlung von Eigenkapital	0	0	0	0	
13. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	1.635.000	1.635.000	1.635.000	1.635.000	
14. Gewährung von Darlehen	0	0	0	0	
15. Ausgaben für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	
16. Ausgaben für Sachanlagen	48.012.000	50.660.000	64.323.500	65.723.013	128.603.540
17. Ausgaben für Finanzanlagen	0	0	0	0	
18. Tilgung von Krediten	12.500.000	12.900.000	13.300.000	9.000.000	
19. Jahresverlust	0	0	0	0	
20. Erhöhung des Nettogeldvermögens	0	0	0	0	
	62.147.000	65.195.000	79.258.500	76.358.013	



IV. Anlage 4: Finanzplan für die Entsorgungsbetriebe Lübeck

	2026	2027	2028	2029	2030
Einnahmen und Ausgaben (§ 16 Nr. 1 EigVO)	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Einnahmen					
1. Zuweisungen der Hansestadt zum Stammkapital oder zu den Rücklagen	0	0	0	0	0
2. Zuführung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	0	0	0	0	0
3. Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzügl. Entnahmen	0	0	0	0	0
4. Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0	0
5. Veräußerung von Beteiligungen sowie Rückflüsse von Kapitalanlagen	0	0	0	0	0
6. Zuschüsse Nutzungsberechtigter					
Ertragszuschüsse	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
sonstige Bauzuschüsse	0	0	0	0	0
7. Abschreibungen	24.819.170	25.000.000	25.000.000	25.000.000	25.000.000
8. Veräußerung von beweglichem Vermögen	0	0	0	0	0
9. Kredite (ohne Tilgung für Zwecke der Umschuldung)	43.142.743	57.542.040	40.567.500	22.226.000	20.635.000
10. Jahresgewinn	7.896.100	12.000.000	12.500.000	13.000.000	13.500.000
11. Verminderung des Nettogeldvermögens	0	0	0	0	0
	76.358.013	95.042.040	78.567.500	60.726.000	59.635.000
Ausgaben					
12. Rückzahlung von Eigenkapital	0	0	0	0	0
13. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	1.635.000	1.635.000	1.635.000	1.635.000	1.635.000
14. Gewährung von Darlehen	0	0	0	0	0
15. Ausgaben für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0
16. Ausgaben für Sachanlagen	65.723.013	84.007.040	68.932.500	51.091.000	50.000.000
17. Ausgaben für Finanzanlagen	0	0	0	0	0
18. Tilgung von Krediten	9.000.000	9.400.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000
19. Jahresverlust	0	0	0	0	0
20. Erhöhung des Nettogeldvermögens	0	0	0	0	0
	76.358.013	95.042.040	78.567.500	60.726.000	59.635.000



V. Anlage 5: Auswirkungen auf den Finanzplan des Haushalts der Hansestadt Lübeck

	2026	2027*	2028	2029	2030
Einnahmen und Ausgabe (§ 16 Abs. 2 EigVO)	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1. Baukostenzuschuss Bedürfnisanstalten	0	0	0	0	0
2. Verwaltungskostenpauschale von städtischen und anderen Bereichen	60.000	60.000	65.000	65.000	70.000
3. Öffentliche Interessenquote Straßenreinigung und veranlagte städtische Grundstücke	4.212.221	4.300.000	4.300.000	4.390.000	4.390.000
4. Straßenreinigung: Nicht veranlagte städtische Grundstücke / sonstige Leistungen	1.708.456	1.740.000	1.740.000	1.740.000	1.740.000
5. Straßenreinigung/Winterdienst außerhalb der Gebührensatzung	1.790.400	1.840.000	1.840.000	1.880.000	1.880.000
6. Straßenbaulastträgerpauschale	9.599.123	9.600.000	9.790.000	9.790.000	9.990.000
7. Verlustausgleich Bedürfnisanstalten	897.540	900.000	905.000	910.000	915.000
8. Sinkkästenreinigung	350.000	400.000	450.000	450.000	450.000
Einnahmen	18.617.740	18.840.000	19.090.000	19.225.000	19.435.000
9. Verwaltungskostenpauschalen an andere Bereiche	1.585.000	1.600.000	1.630.000	1.660.000	1.690.000
Ausgaben	1.585.000	1.600.000	1.630.000	1.660.000	1.690.000

* geschätzte Werte ab 2027 werden laufend zu jedem Wirtschaftsplan für die Folgejahre aktualisiert

Zusatzinfo zu Position 3:

Hierbei handelt es sich um 25,3 % Interessenquote (bzw. 28,6% Winterdienst) + veranlagte städtische Grundstücke (812 TEUR)

Zusatzinfo zu Position 4:

Hierbei handelt es sich um nicht veranlagte städtische Grundstücke (1.239 TEUR) + Wilder Müll (115 TEUR) + Personalkosten aus städt. Projekten (324 TEUR) + Aufwendungen Drehbrückenvorplatz (30 TEUR)

Zusatzinfo zu Position 5:

Straßenreinigung 260 TEUR, Winterdienst 1.531 TEUR

Zusatzinfo zu Position 8:

Anpassung der Vereinbarung inkl. zusätzlicher Leistungen (TV-Untersuchungen)



VI. Anlage 6: Investitionsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck

	W-Plan TEUR	TEUR	Verpflichtungs- ermächtigung	TEUR	TEUR	TEUR
	2025	2026	2027 ff	2027*	2028	2029
Allgemeine Verwaltung						
1 Baumaßnahmen	3.605	5.565	24.800	10.140	11.940	3.060
2 EDV- u. Büroausstattung	788	492	0	550	580	540
3 Fahrzeuge	240	0	0	0	0	0
Summe	4.633	6.057	24.800	10.690	12.520	3.600

Abwasserbeseitigung						
1 Masterplan Kanalnetz	24.000	24.000	38.400	24.000	24.000	24.000
2 Masterplan Kläranlagen/PW	6.000	6.000	9.600	6.000	6.000	6.000
3 Fahrzeuge Entwässerung	1.130	1.450	1.135	1.685	1.500	1.500
4 Sonstiges	6.915	5.855	11.700	4.700	2.000	1.000
Summe	38.045	37.305	60.835	36.385	33.500	32.500

Abfallwirtschaft Logistik						
1 Fahrzeuge	2.145	2.565	2.450	2.565	3.100	2.885
2 Container/Behälter	835	651	0	611	521	641
3 Wertstoffhöfe	2.321	1.185	150	505	435	355
4 Sonstiges	0	0	0	0	0	0
Summe	5.301	4.401	2.600	3.681	4.056	3.881

Abfallwirtschaft Technik						
1 Energiewirtschaftliche Maßnahmen	3.695	1.966	0	0	0	0
2 MBA	5.485	4.854	37.769	25.029	12.740	5.000
3 Deponiebetrieb	600	1.035	0	1.000	1.000	1.000
4 Abfallwirtschaftszentrum Allgemein	55	0	0	0	0	0
5 Biomassewerk	200	1.377	0	200	200	200
6 Geräte, Fahrzeuge	438	140	0	200	200	200
Summe	10.473	9.372	37.769	26.429	14.140	6.400

Straßenreinigung/Winterdienst						
1 Fahrzeuge, Geräte	3.429	4.816	0	4.000	4.000	4.000
2 Papierkorbkonzept	513	256	0	0	0	0
3 Gebäude	1.500	2.640	2.600	2.600	500	500
4 EDV Ausstattung	12	18	0	10	10	10
Summe	5.454	7.730	2.600	6.610	4.510	4.510

Bedürfnisanstalten						
1 Öffentliche Toiletten / Sanierung	100	300	0	0	0	0
Summe	100	300	0	0	0	0

Betriebstechnik						
1 Ausstattung	288	466	0	213	207	200
2 Gebäude	30	93	0	0	0	0
Summe	318	559	0	213	207	200

Gesamtsumme	64.324	65.723	128.604	84.007	68.933	51.091
--------------------	---------------	---------------	----------------	---------------	---------------	---------------

Deponie	TEUR	TEUR	Verpflichtungs- ermächtigung	TEUR	TEUR	TEUR
Nachrichtliche Erwähnung im Investitionsplan:	2025	2026	2027 ff	2027*	2028	2029
1 Oberflächenabdichtung	0	0	0	0	0	0
2 Sickerwasserreinigung	0	0	0	0	0	0
3 Sanierung/Erweiterung Deponie	290	310	0	95	95	7.260
4 Neubau Regenrückhaltebecken	0	0	0	0	0	0
Summe	290	310	0	95	95	7.260

* Der Investitionsplan wird laufend zu jedem Wirtschaftsplan für die Folgejahre aktualisiert.



VII. Anlage 7: Stellenübersicht nach Eingruppierung

Art	Entgeltgruppe	Anzahl Planstellen 2025	Anzahl Stellen zum 01.04.2025 besetzt	Anzahl Planstellen 2026
	BBO			
Beamt:innen	A16	0	0	0
	A15	1	1	1
	A14	1	0,7	1
	A13	1	1	1
	A12	1	1	1
	A11	3	2,7	3
	A10	0	0	0
	A9	2	2	2
	A8	3	3	3
	A7	2	1,8	2
	A6	0	0	0
Summe		14	13,2	14
	TVÖD			
Beschäftigte	E 15	2	2	2
	E 14	2	2	2
	E 13	9	8	9
	E 12	28	27,4	28
	E 11	28,5	25,3	30,5
	E 10	31	31,8	32
	E 9c	1	1	1
	E 9b	59	58,9	59
	E 9a	19	18,1	18
	E 8	33	30,9	33
	E 7	78	74,5	80
	E 6	85	81,6	85
	E 5	114	111,8	116
	E 4	70	67,6	70
	E 3	148	146,2	145
AT	3	3	3	
Summe		710,5	690,1	713,5
Insgesamt (VZÄ)		724,5	703,3	727,5



VIII. Anlage 8: Planstellenübersicht nach Bereichen

Art	Entgelt- gruppe	Zentralbereich			Abwasserbeseitigung			Abfallwirtschaft			Stadtreinigung			Betriebstechnik			Insgesamt		
		2025	2026	+/-	2025	2026	+/-	2025	2026	+/-	2025	2026	+/-	2025	2026	+/-	2025	2026	+/-
Beamt:innen	A16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	A15	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	A14	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	A13	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	A12	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	A11	2	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	3	0
	A10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	A9	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0
	A8	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	3	0
	A7	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	2	2	0
	A6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe		12	12	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	14	14	0

Beschäftigte	E 15	0	0	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0
	E 14	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0
	E 13	6	6	0	1	1	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	9	9	0
	E 12	16	16	0	9	9	0	2	2	0	1	1	0	0	0	0	28	28	0
	E 11	23,5	25,5	2	4	4	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	28,5	30,5	2
	E 10	22	23	1	4	4	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0	31	32	1
	E 9c	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	E 9b	26	26	0	27	27	0	3	3	0	0	0	0	0	0	0	59	59	0
	E 9a	10	9	-1	2	2	0	2	2	0	2	2	0	3	3	0	19	18	-1
	E 8	15	15	0	6	6	0	3	3	0	3	3	0	6	6	0	33	33	0
	E 7	12	13	1	19	20	1	21	21	0	1	1	0	25	25	0	78	80	2
	E 6	16	16	0	52	52	0	14	14	0	2	2	0	1	1	0	85	85	0
	E 5	1	2	1	32	33	1	68	68	0	11	11	0	2	2	0	114	116	2
	E 4	1	2	1	19	18	-1	20	20	0	30	30	0	0	0	0	70	70	0
	E 3	12	10	-2	10	9	-1	83	83	0	43	43	0	0	0	0	148	145	-3
	AT	1	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	3	3	0
Summe		164,5	167,5	3	186	186	0	226	226	0	93	93	0	41	41	0	710,5	713,5	3

Insgesamt (VZÄ)		176,5	179,5	3	187	187	0	226	226	0	93	93	0	42	42	0	724,5	727,5	3
------------------------	--	--------------	--------------	----------	------------	------------	----------	------------	------------	----------	-----------	-----------	----------	-----------	-----------	----------	--------------	--------------	----------



IX. Anlage 9: Aufbau des Wirtschaftsplans

Der Aufbau des Wirtschaftsplans ist in der EigVO sowie den Ausführungsbestimmungen zur EigVO wie nachstehend aufgeführt geregelt:

Vorbericht zum Wirtschaftsplan (§ 12 Abs. 2 Ziff. 1 EigVO)

In dem Vorbericht zum Wirtschaftsplan sind insbesondere darzustellen:

- a. Stand und voraussichtliche Entwicklung der Erfolgslage unter besonderer Berücksichtigung der Umsatzerlöse und evtl. steuerrechtlicher Abschreibungen nach § 253 HGB,
- b. Stand und voraussichtliche Entwicklung der Eigenkapitalausstattung und der Liquidität,
- c. geplante Investitionen und deren finanzielle Auswirkungen auf die Folgejahre und
- d. die vorgesehene Behandlung des erwarteten Jahresergebnisses

Erfolgsplan/Erfolgsübersicht (§§ 13, 21 Abs. 3 EigVO)

Für die Gliederung des Erfolgsplans ist das Schema der Gewinn- und Verlustrechnung anzuwenden (Formblatt 4 zur EigVO), wobei eine weitergehende Gliederung durchaus zweckmäßig sein kann.

Die Erfolgsübersicht, die die gesonderte Betrachtung einzelner Betriebszweige ermöglicht, ist gemäß Formblatt 5 zur EigVO zu gliedern.

Vermögensplan (§ 14 EigVO)

Der Vermögensplan ist nach Anlage Muster 3 der Ausführungsbestimmungen zur EigVO aufzustellen.

Stellenübersicht (§ 15 EigVO)

Die Stellenübersicht muss die im Wirtschaftsjahr erforderlichen Stellen für Beamtinnen und Beamte und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer enthalten.

Finanzplan (§ 16 EigVO)

Der Finanzplan ist nach Anlage Muster 4 der Ausführungsbestimmungen zur EigVO zu erstellen.



Wirtschaftsplan 2026
Erstellt: BWI/CO
Stand: 06.06.2025